

## Aufrüstungsverpflichtung in Verfassungsrang

In Art. I-41 der EU-Verfassung heißt es wörtlich: „Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Damit wird eine Aufrüstungspflicht in Verfassungsrang erhoben und – auf Generationen – festgeschrieben. Ein eigenes Rüstungsamt soll diese Aufrüstungspflicht kontrollieren und „zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlagen“ der Kriegswaffenindustrie beitragen. Dieses Rüstungsamt ist sogar befugt „diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen“ (Art. I-41, 3).



## Ermächtigung zu weltweiten Kriegseinsätzen

Der EU-Ministerrat bekommt das Mandat für weltweite Militäreinsätze (Art. I-41,1 und 5) – ohne Bindung an ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates. Die Einsatzbedingungen für die EU-Interventionen sind so vage definiert, dass praktisch immer ein Vorwand gefunden werden kann: die „Abrüstung“ von Gegnern, „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“, „Bekämpfung des Terrorismus .... unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ (Art. III-309,1). Die EU-Verfassung verpflichtet alle EU-Staaten dazu, dem EU-Ministerrat militärische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen (Art. I-41, 3).

## Militärische Beistandsverpflichtung

Der Artikel I-41,7 sieht eine militärische Beistandsverpflichtung vor, die schärfer als die der NATO ist (diese läßt die Wahl zwischen zivilen oder militärischen Beistand).

In der Europäischen Sicherheitsstrategie hat die EU bereits sog. „Präventivkriege“ – also Krieg auf Verdacht – ins Auge gefasst, ähnlich der US-Präventivkriegsstrategie.

## Militärischer Führungszirkel in der EU

Es soll eine sogenannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ institutionalisiert werden. Das ist ein Zusammenschluss jener „Mitgliedsstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf militärische Fähigkeiten erfüllen“ (Art. I-41, 6; III-312). Ein ausführliches Verfassungsprotokoll regelt die Kriterien, um in diesen inneren Führungszirkel der EU vorstoßen zu können, u. a. die Fähigkeit, die eigenen Soldaten innerhalb von 5 Tagen rund um die Welt zum Einsatz in sog. „Schlachtgruppen“ („Battle-Groups“) bringen zu können.

Mit Großbritannien und Frankreich will Deutschland dieses militärische „Kerneuropa“ anführen.



## Neoliberalismus in Verfassungsrang

Die EU-Verfassung stellt Anhänger einer solidarischen Wirtschaftsweise außerhalb des Verfassungsbogens. Denn die EU-Verfassung verpflichtet die Mitgliedstaaten zur „Einführung einer Wirtschaftspolitik, die ...dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist“ (Art. III-177).

Die Europäische Zentralbank wird auf strikte Hartwährungspolitik – also auf Interessen der großen Vermögensbesitzer – verpflichtet. In Art. III-193 und 216 werden der Freihandel und die unbeschränkte globale Kapitalmobilität als Ziele der EU-Außenwirtschaftspolitik festgeschrieben.

## Privatisierung öffentlicher Dienste

Die EU bekommt die Kompetenz „Grundsätze und Bedingungen, insbesondere jene wirtschaftlicher und finanzieller Art“ für „Dienste von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ (EU-Jargon für öffentliche „Dienste“) festzulegen (Art. III-122).

Die EU-Kommission begrüßt diesen Artikel in einem „Weißbuch“ als Chance zur flächendeckenden Liberalisierung der öffentlichen Güter. Es besteht die Gefahr, dass die EU-Kommission nach den vielen Sektorliberalisierungen (Strom, Gas, Telefon, Post, Verkehr) nun mit dem Rasenmäher über alles fährt, von Sozialdiensten bis zur Bildung.

## Ökologie wird dem Profit geopfert

Unter Artikel III-279 wird gefordert: „Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union gewährleistet sind.“

Die völlige Vernachlässigung einer ökologischen Wende in Europa, das Festhalten an fossilen Energiequellen, eine völlig verfehlte Verkehrspolitik, ein Vorrang für eine unkontrollierte Weiterentwicklung der Atomtechnologien (einschließlich der militärischen Optionen: Uranmunition aus dem abgereicherten) zeigen die Richtung an, in die gegangen werden soll.

Die dringend reformbedürftige EU-Agrarpolitik wird zum Schaden von Umwelt und Menschen in aller Welt beibehalten.

ViSdPr: Adolf Riekenberg; Koordinationsbüro der Kampagne gegen die EU-Verfassung; Nußbaumstr. 7; 73553 Alfdorf  
Tel.: 07182-49112; mobil: 0175-4254928  
E-Mail: info@eu-verfassung.com; www.eu-verfassung.com

## Privilegierung der Atomenergie

Im Anhang zur EU-Verfassung wird der EURATOM-Vertrag bekräftigt: *“Die Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft müssen weiterhin volle rechtliche Wirkung erhalten“* (Protokoll zur Änderung des EURATOM-Vertrages).

Ziel des EURATOM-Vertrages ist, die Atomenergie zu fördern, um „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen“ (Präambel). Die Renaissance der Atomenergie in der EU steht im Zusammenhang mit den Plänen zur Herausbildung einer EU-Atomwaffenmacht - alles zudem ohne demokratische Kontrolle.



## Große werden stärker – Kleine schwächer

Die Stimmgewichte in den EU-Räten zugunsten der großen Nationalstaaten werden verändert: so z. B. gewinnt Deutschland über 100%, Frankreich und Großbritannien rund 45% hinzu, die kleinere und mittleren Länder verlieren z.T. gravierend: z.B. verlieren Griechenland, Schweden, Portugal, Belgien, Tschechien, Ungarn, Österreich, Dänemark, Slowakei, Finnland, und Irland zwischen 35% und 65% an Stimmgewichten.

### Unterstützerliste

Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, attac Deutschland; attac AG-EU; attac AG-Globalisierung und Krieg; Bund für soziale Verteidigung; Connection eV.; Deutscher Friedensker-Verband; Deutscher Friedensrat in der Achse des Friedens Berlin; DFG-VK ; Euromärsche; Friedensforum Duisburg; Friedensnetz Baden-Württemberg; Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.; Pressehütte Mutlangen; PDS Baden-Württemberg; [solid] die sozialistische Jugend (LV Baden-Württemberg); SDAJ; Ver. di Stuttgart; Vereinigung für Internationale Solidarität e.V.

Die Liste ist unvollständig, sie wird auf der Homepage veröffentlicht und ständig aktualisiert.

## Aktions-Ideen

Zur Zeit befinden wir uns in der heißen Phase der Ratifizierung. Am 24.02.05 wurde im Bundestag die erste Lesung durchgeführt, ohne, dass die Bevölkerung viel mitbekam. Auch die Presse informiert bisher unzureichend über Inhalte des EU-Verfassungsvertrages.

Deshalb ist es wichtig, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Hier ein paar Vorschläge:

### Aktionswoche 24.–30. April 2005

- Kundgebungen und Vorlesen aus der EU-Verfassung vor Ort  
- dezentrale Aktionen, als Höhepunkt am 30.4.05: Kundgebungen an möglichst vielen Orten mit Vorlesen aus der EU-Verfassung und eine Kundgebung mit Promis in Berlin vor dem Bundestag

#### 1. Aktionen vor Ort

– Mit Infostände, Flugblätter verteilen und auslegen, Theater und weiteren phantasievollen Aktionen die Öffentlichkeit aufmerksam machen.  
– Informationsveranstaltungen über die Verfassung organisieren  
– Kommunen öffentlich auffordern, den Verfassungstext auszulegen und Diskussionen zu organisieren

#### 2. Bundestagsabgeordnete ansprechen

Die Bundestagsabgeordneten sollten direkt vor Ort auf die EU-Verfassung und die Ratifizierung angesprochen werden. Dazu sollte dann die Presse eingeladen werden und dieser eine Pressemappe (bestellbar: siehe unten) mit den wichtigsten Informationen übergeben werden.

Damit soll erreicht werden, dass zum einen die Abgeordneten merken, dass Sie nicht alleine, still und heimlich über diese Verfassung entscheiden können und vor allem durch die Presse auch die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen wird.

Neben einer Aufklärung in Deutschland unterstützen unsere Aktivitäten die sozialen Bewegung in anderen europäischen Ländern, in denen z.T. Referenden u.ä. mit ungewissem Ausgang anstehen.

#### 3. Aktionen während der Ratifizierung

Am Tag der Ratifizierung (12. Mai 2005 im Bundestag) treffen wir uns in Berlin so wie vor Ort und weisen auf die schlimmsten Paragraphen der Verfassung durch öffentliches Vorlesen und weitere Aktionsformen hin.

**Weitere Infos und Materialien unter:**

[www.eu-verfassung.com](http://www.eu-verfassung.com)

# EU-Verfassung: militaristisch - undemokratisch - neoliberal



## Kampagne gegen die Ratifizierung des EU- Verfassungsvertrages